Ausführungsbestimmungen zur Einführung des neuen Immobiliarsachen- und Grundbuchrechts des Schweizerischen Zivilgesetzbuches

vom 26. Februar 2013 (Stand 1. April 2013)

Der Regierungsrat des Kantons Obwalden,

gestützt auf Artikel 52 Absatz 2 des Schlusstitels zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SchlT ZGB)¹⁾ und Artikel 75 Ziffer 1 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968²⁾,

beschliesst:

Art. 1 *Grundbuchbeschwerde* *Sachliche Zuständigkeit*

¹ Gegen eine vom Grundbuchamt erlassene Verfügung gemäss Art. 956a ZGB kann innert 30 Tagen beim Regierungsrat Beschwerde erhoben werden.

Art. 2 *Richterliche Massnahmen* *Sachliche Zuständigkeit*

¹ Das Kantonsgerichtspräsidium ist zuständig, die erforderlichen Massnahmen bei Unauffindbarkeit des Grundeigentümers, des Dienstbarkeitsberechtigten oder des Grundpfandgläubigers sowie bei Fehlen der vorgeschriebenen Organe einer juristischen Person (Art. 666a, 666b, 781a und 823 ZGB) zu treffen.

² Es ist das summarische Verfahren anwendbar.

Art. 3 *Inkrafttreten*

¹ Diese Ausführungsbestimmungen treten am 1. April 2013 in Kraft.

¹⁾ SR 210

²⁾ GDB 101.0

² Sie sind dem Bundesamt für Justiz, unter Vorbehalt der Genehmigungspflicht des Bundes, zur Kenntnis zu bringen³⁾.

³⁾ Art. 52 Abs. 3 und 4 SchIT ZGB; die AB unterliegen nicht der Genehmigungspflicht (Mitteilung des Bundesamts für Justiz vom 7. März 2013)

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle
26.02.2013	01.04.2013	Erlass	Erstfassung	OGS 2013, 9

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle
Erlass	26.02.2013	01.04.2013	Erstfassung	OGS 2013, 9